Deutscher Herold

Versorgungskasse der
Deutscher Herold
Versicherungsgesellschaften
Versicherungsverein a.G., Köln

Jahresabschluss und Lagebericht 2025

Inhaltsverzeichnis

Verwaltungsorgane der Versorgungskasse	1
Lagebericht des Vorstandes	3
Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2025	17
Bilanz zum 31. Dezember 2025	17
Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2025	19
Anhang Angaben zur Bilanzierung und Bewertung	21
Entwicklung der Aktivposten A I bis II im Geschäftsjahr 2025	23
Angaben zur Bilanz	25
Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung	29
Allgemeine Angaben	30
Bericht des unabhängigen Abschlussprüfers	31
Bericht des Aufsichtsrates	34

Verwaltungsorgane der Versorgungskasse

Aufsichtsrat

Markus Lawitzke	Vorsitzender Mitarbeiter der Zürich Beteiligungs-Aktiengesellschaft (Deutschland)
Manfred Haberer	Stellvertretender Vorsitzender Mitarbeiter der Zürich Beteiligungs-Aktiengesellschaft (Deutschland)
Uwe Schöpe	Mitglied des Vorstandes der Zürich Beteiligungs-Aktiengesellschaft (Deutschland)
Sven Wellerdick	Mitglied des Betriebsrates Köln der Zurich Gruppe Deutschland

Vorstand

Stefan Henk	Vorsitzender Operations, IT, Interne Revision	bis 31.12.2025
Armin Hildebrand	Stellvertretender Vorsitzender Vorsitzender Finanzen und Kapitalanlagen	bis 31.12.2025 seit 01.01.2026
Matthias Schuster	Stellvertretender Vorsitzender Operations, IT, Interne Revision	seit 01.01.2026
Ralf Dieckmann	Governance Funktionen (Compliance, Risk Management, Fraud, Datenschutz)	bis 31.12.2025
Volker Hippler	Fachvorstand bAV	
Arndt Schönowsky	Governance Funktionen (Compliance, Fraud, Datenschutz, Risk Management)	seit 01.01.2026

Lagebericht des Vorstandes

Hiermit legen wir den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2025 und den Lagebericht für das Geschäftsjahr 2025 der Versorgungskasse der Deutscher Herold Versicherungsgesellschaften Versicherungsverein a.G. (nachfolgend Versorgungskasse genannt) vor.

Allgemeines

Als einzige Versicherungsart wird die Pensionsversicherung (Alters-, Invaliden- und Hinterbliebenenrentenversicherung) für eigene Rechnung betrieben, ohne dass Abgaben zur Rückversicherung erfolgen.

Die Versorgungskasse ist eine Pensionskasse in der Rechtsform eines kleineren Versicherungsvereins auf Gegenseitigkeit gemäß § 210 VAG und unterliegt der Aufsicht der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht.

Trägerunternehmen der Versorgungskasse sind folgende Unternehmen der Zurich Gruppe Deutschland:

DEUTSCHER HEROLD Aktiengesellschaft, Köln und die

Zurich Deutscher Herold Lebensversicherung Aktiengesellschaft, Köln.

Der Versorgungskasse angeschlossen sind weiterhin bestimmte gegenwärtige mit den Trägerunternehmen i. S. d. §§ 15 ff. AktG verbundenen folgende Unternehmen der Zurich Gruppe Deutschland

- DA Deutsche Allgemeine Versicherung Aktiengesellschaft, Frankfurt am Main
- Deutscher Pensionsfonds Aktiengesellschaft, Köln
- REAL GARANT Versicherung Aktiengesellschaft, Denkendorf
- TDG Tele Dienste GmbH, Eschborn
- Zürich Beteiligungs-Aktiengesellschaft (Deutschland), Frankfurt am Main (auch als mittelbare Rechtsnachfolgerin der Bonner Akademie Gesellschaft für DV- und Management Training, Bildung und Beratung mbH, Bonn und der Zürich Vertriebs GmbH sowie als direkte Rechtsnachfolgerin der Zürich Service GmbH, Bonn und der Zurich GI Management AG (Deutschland), Frankfurt am Main, jeweils Kraft Verschmelzung)
- Zurich Kunden Center GmbH, Eschborn
- Zurich Rechtsschutz Deutschland GmbH, Köln
- Zurich Vertriebs und Beratungs GmbH, Frankfurt am Main
- Zurich Insurance Europe AG Niederlassung für Deutschland, Frankfurt am Main (auch als Rechtsnachfolger der Baden-Badener Versicherung AG, St. Ingbert kraft Verschmelzung)
- Zurich Insurance Europe AG, Frankfurt am Main
- Zurich Holding SE (Deutschland), Frankfurt am Main

Geschäftsverlauf und Lage der Versorgungskasse

Deutsche Wirtschaft im Jahr 2025 mit verhaltenen Erholungstendenzen

Die gesamtwirtschaftliche Lage in Deutschland hätte im Jahr 2025 nach zwei Rezessionsjahren leichte Erholungstendenzen zeigen können, verharrte jedoch insgesamt in einer ausgeprägten Schwächephase. Die exportorientierte Industrie stand weiterhin unter hohem Anpassungsdruck, bedingt durch im internationalen Vergleich hohe Arbeits- und Energiekosten sowie regulatorische Anforderungen. Zusätzliche Hemmnisse ergaben sich 2025 aus erhöhten US-Einfuhrzöllen sowie der Aufwertung des Euros gegenüber den Währungen wichtiger Handelspartner. Außerhalb der Eurozone verschlechterte sich dadurch die preisliche Wettbewerbsfähigkeit deutscher Exporte auf wichtigen internationalen Absatzmärkten. Erschwerend kam hinzu, dass China zunehmend als Konkurrent für deutsche Industrieprodukte auftritt und zugleich bei diesen Gütern international Marktanteile gewinnt. Parallel dazu beschleunigten geopolitisch bedingte Veränderungen im internationalen Handel, die infolge des Ukrainekriegs gestiegenen Energiekosten sowie langfristige Trends wie Dekarbonisierung, Digitalisierung und demografischer Wandel den Strukturwandel in Deutschland. Trotz einer teilweisen Entspannung blieb die handelspolitische Unsicherheit weiterhin erhöht, während das Niveau der US-Einfuhrzölle den globalen Warenhandel im Prognosezeitraum belastet. Insgesamt prägten somit sowohl konjunkturelle als auch strukturelle Faktoren das Jahr 2025 und begrenzten den Umfang einer spürbaren wirtschaftlichen Erholung.

Nach ersten Berechnungen des Statistischen Bundesamts stieg das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) in Deutschland im Jahr 2025 um 0,2 % gegenüber dem Vorjahr. Kalenderbereinigt ergibt sich ein Anstieg von 0,3 %. Damit verzeichnete die Wirtschaftsleistung nach zwei Jahren der Rezession wieder ein leichtes Wachstum. Wesentliche Treiber dieses moderaten Anstiegs waren die wieder zunehmende Konsumneigung der privaten Haushalte sowie die ausgeweiteten staatlichen Konsumausgaben im Jahr 2025, obwohl eine vorläufige Haushaltsführung des Bundes bis weit in das Jahr hineinwirkte und erst Anfang Oktober 2025 endete.

Die preisbereinigte Bruttowertschöpfung sank im Jahr 2025 insgesamt leicht um 0,1 % gegenüber dem Vorjahr, wobei sich deutliche Unterschiede zwischen den Branchen zeigten. Im verarbeitenden Gewerbe verringerte sich die Bruttowertschöpfung im dritten Jahr in Folge und sank gegenüber dem Vorjahr um 1,3 %. Nach einem zunächst vielversprechenden Jahresbeginn verschlechterte sich die Situation im weiteren Jahresverlauf, wenngleich sich zum Jahresende wieder positive Entwicklungen in Form steigender Auftragseingänge zeigten. Insbesondere die Automobilindustrie und der Maschinenbau verzeichneten erhebliche Verluste und standen auf den weltweiten Märkten unter stärkerem Konkurrenzdruck. Währenddessen verzeichneten die Chemieindustrie und andere energieintensive Branchen eine verhaltene wirtschaftliche Dynamik.

Auch für das Baugewerbe stellte 2025 ein weiteres herausforderndes Jahr da. Die reale Bruttowertschöpfung sank um 3,6 % und die Zahl der Insolvenzen stieg an. Die anhaltend hohen Baupreise hemmten vor allem den Wohnungsbau deutlich. Im Tiefbau hingegen führten Neubau- und Instandhaltungsmaßnahmen, etwa an Straßen, Bahnstrecken oder Energienetzen, dazu, dass ein leichtes Wachstum gegenüber dem Vorjahr erzielt werden konnte.

Die Dienstleistungsbereiche entwickelten sich 2025 heterogen und spiegelten damit die insgesamt gemischte konjunkturelle Lage wider. Die preisbereinigte Bruttowertschöpfung der Unternehmensdienstleister verringerte sich um 0,8 %. Ausschlaggebend dafür war vor allem die schwache Entwicklung in den Bereichen Werbung und Marktforschung, wissenschaftlich-technische Dienstleistungen sowie Arbeitnehmerüberlassung, die von einer überdurchschnittlich hohen Insolvenzhäufigkeit betroffen war. Die sonstigen Dienstleistungsbereiche, einschließlich Sport, Unterhaltung und Erholung, verzeichneten einen weiteren leichten Rückgang der Bruttowertschöpfung um 0,3 %. Im Aggregat Handel, Verkehr und Gastgewerbe kam es hingegen zu einem preisbereinigten Wachstum von 1,2 %, maßgeblich getragen durch den Einzelhandel, während das Gastgewerbe ein geringeres Ergebnis als im Vorjahr erzielte. Der Wirtschaftsbereich Information und Kommunikation expandierte erneut um 1,3 % wenngleich mit nachlassender Dynamik. Auch im Bereich öffentliche Dienstleistungen, Erziehung und Gesundheit setzte sich das Wachstum mit einem Anstieg von 1,4 % fort.

Der deutsche Außenhandel zeigte im Jahr 2025 insgesamt eine schwache Entwicklung und bleibt damit hinter dem weiterhin wachsenden Welthandel zurück. Die Exporte von Waren und Dienstleistungen lagen um 0,3 % unter dem Vorjahresniveau. Wesentliche Belastungsfaktoren waren die im internationalen Vergleich hohen Energiekosten, die erhöhten US-Zölle sowie die Aufwertung des Euros, die die preisliche Wettbewerbsfähigkeit deutscher Produkte außerhalb der Eurozone schwächte. Die Warenausfuhren gingen preisbereinigt um 0,7 % zurück und verzeichneten damit den dritten Rückgang in Folge. Auf der Importseite zeigte sich hingegen eine Trendwende: Nach zwei Jahren rückläufiger Entwicklungen stiegen die Einfuhren preisbereinigt um 3,6 %, was im Wesentlichen auf höhere Warenimporte zurückzuführen war.

Nach mehreren Jahren des kontinuierlichen Beschäftigungsaufbaus stagnierte der Anstieg der Erwerbstätigenzahl im Jahr 2025. Im Jahresdurchschnitt waren 46,0 Mio. Personen mit Arbeitsort in Deutschland erwerbstätig. Gleichzeitig verringerte sich die durchschnittliche Arbeitszeit pro Erwerbstätigen um 0,1 %, sodass das gesamtwirtschaftliche Arbeitsvolumen um 0,2 % zurückging. Wie bereits im Vorjahr entfiel der Beschäftigungszuwachs ausschließlich auf die Dienstleistungsbereiche (+0,5 %), während die Erwerbstätigenzahl in den übrigen Wirtschaftsbereichen teilweise deutlich zurückging.

Im Jahr 2025 wirkten die privaten und staatlichen Konsumausgaben stabilisierend auf die wirtschaftliche Entwicklung, während die Investitionstätigkeit rückläufig blieb. Die preisbereinigten Konsumausgaben der privaten Haushalte erhöhten sich um 1,4 %, die des Staates um 1,5 %. Gleichzeitig verringerten sich die Bruttoanlageinvestitionen um 0,5 %. Die inländischen Konsumausgaben der privaten Haushalte stiegen preisbereinigt um 1,5 %, wobei die Zunahme nach einem kräftigen Jahresauftakt in der zweiten Jahreshälfte deutlich an Dynamik verlor und das Weihnachtsgeschäft überwiegend als unbefriedigend eingeschätzt wurde. Besonders ausgeprägt war der Anstieg der Ausgaben in den Bereichen Gesundheit, Möbel, Bekleidung und Schuhe sowie Mobilität. Demgegenüber gingen die Ausgaben für Gastronomie und Beherbergung erneut zurück.

Die Inflationsrate lag in Deutschland im Jahr 2025 nach vorläufigen Angaben des Statistischen Bundesamt bei 2,2 %. Im Verlauf des Jahres zeigten sich moderate Schwankungen: Im ersten Quartal betrug die Inflationsrate 2,3 %, im zweiten Quartal 2,1 % und im dritten Quartal 2,2 %. Der Rückgang der Gesamtinflation resultierte im Wesentlichen aus sinkenden Energiepreisen, die nach Einschätzungen des Sachverständigenrats maßgeblich durch den deutlichen Rückgang der Rohölpreise zwischen Januar und Mai 2025 beeinflusst wurden. Gleichzeitig stiegen die Dienstleistungspreise im Oktober 2025 um 3,5 % gegenüber dem Vorjahresmonat und trugen damit spürbar zur Kerninflation bei.

Die globale Wirtschaftsentwicklung wurde im Jahr 2025 spürbar durch eine zunehmend protektionistische Handelspolitik der USA belastet, was sowohl den Welthandel als auch die Industrieproduktion dämpfte. Zwar ging die handelspolitische Unsicherheit nach mehreren bilateralen Abkommen im Sommer 2025 zurück, blieb jedoch weiterhin auf erhöhtem Niveau. Zugleich wirkten höhere US-Einfuhrzölle fortwährend bremsend auf den globalen Warenhandel. Parallel dazu sank die globale Inflation in der ersten Jahreshälfte weiter, begünstigt durch rückläufige Rohöl- und Energiepreise. In der Eurozone stabilisierte sich die Inflationsrate im Verlauf der ersten beiden Quartale um rund 2,0 %, unterstützt durch sinkende Energiepreise und eine dämpfend wirkende Euro-Aufwertung.

Entwicklung an den Kapitalmärkten

Das Jahr 2025 startete mit der Amtseinführung von Donald Trump als US-Präsident, was zunächst für Optimismus an den Aktienmärkten sorgte. Doch bereits im Frühjahr dämpfte ein globaler Handelskonflikt, ausgelöst durch den „Liberation Day", diese Erwartungen. Das

Risikosentiment verschlechterte sich, die Volatilität stieg und viele Anleger agierten vorsichtiger. Im Jahresverlauf führten individuelle Zollabkommen zu einer Erholung, sodass die Aktienmärkte kräftig zulegten und neue Rekordstände erreichten. Der KI-Boom stärkte insbesondere Technologiewerte, brachte aber auch volatilere Phasen und Diskussionen um die hohen Bewertungen, zum Beispiel nach der Veröffentlichung eines ressourcenschonenden Sprachmodells von DeepSeek.

Bereits im Frühjahr hatte die Ankündigung umfangreicher fiskalpolitischer Maßnahmen in Europa, insbesondere in Deutschland, unterstützende Auswirkungen auf die europäischen Aktienmärkte. Diese Entwicklung wurde durch den Handelskonflikt mit den Vereinigten Staaten zwar kurzfristig unterbrochen, setzte sich aber insgesamt fort. Das bislang beispiellose, geplante Investitionsprogramm Deutschlands in Höhe von 500 Milliarden Euro für Infrastruktur und die faktische Aussetzung der Schuldenbremse für Verteidigungsausgaben sorgte einerseits für eine starke Entwicklung an den Aktienmärkten, führte andererseits aber durch die hohe geplante staatliche Neuverschuldung zu einem spürbaren Anstieg der Renditen für Bundesanleihen – insbesondere bei längeren Laufzeiten. Nach einem deutlichen Anstieg der zehnjährigen Bundesrendite folgte eine Phase erhöhter Volatilität mit zeitweiligen Rückgängen; insgesamt stieg die Rendite über das Jahr hinweg merklich an. Gleichzeitig nahm die politische Unsicherheit in Frankreich weiter zu. Fortdauernde Regierungskrisen und Diskussionen über die bereits sehr hohe Staatsverschuldung belasteten das Marktvertrauen. Französische Staatsanleihen verzeichneten insbesondere bei langen Laufzeiten spürbare Kursverluste, was die Portfolios vieler institutioneller Investoren direkt beeinträchtigte. Die Schuldenproblematik und politische Instabilität Frankreichs blieben das gesamte Jahr über, ein zentraler Unsicherheitsfaktor für die Eurozone.

Unternehmensanleihen verzeichneten ein positives Jahr, da sie trotz unterjähriger Volatilität, besonders um den „Liberation Day", noch geringere Risikoaufschläge zum Jahresende aufweisen konnten, was auch durch solide Fundamentaldaten unterstützt wurde.

Im Rohstoffbereich konnten vor allem Edelmetalle wie Gold und Silber von der anhaltenden geopolitischen Unsicherheit profitieren, während die Ölpreise zurückgingen. Der Rückgang des Ölpreises über das Jahr führte zu niedrigeren Energiekosten, was positive Auswirkungen auf die Inflation hatte, die in der Eurozone im Verlauf des Jahres weiter zurückging und sich nur noch knapp über dem EZB-Ziel von rund 2 % einpendelte. Infolge der rückläufigen Inflation senkte die EZB ihren Leitzins von 3 % zu Jahresbeginn insgesamt viermal und zuletzt im Juni auf 2 %. Im Gegensatz dazu blieb die Geldpolitik der US-Notenbank Federal Reserve restriktiver, da die Inflation in den Vereinigten Staaten weiterhin bei etwa 3 % lag. Zusätzlich erhöhte die Zollpolitik von US-Präsident Trump die Inflationserwartungen insbesondere unter amerikanischen Haushalten. Daher wartete die Fed trotz massiven Drucks seitens Präsident Trump deutlich länger mit ihrer ersten Zinssenkung im Jahr 2025. Erst im September erfolgte die erste Senkung, der zwei weitere Schritte folgten, sodass der Leitzins schließlich auf 3,75 % reduziert wurde.

Die Stabilisierung des Immobilienmarktes hat sich im vergangenen Jahr weiter fortgesetzt, wozu insbesondere das stabilere Zinsumfeld beigetragen hat. Dies hat sich auch in gestiegenen Transaktionsaktivitäten sowie der vereinzelten Rückkehr großvolumiger Transaktionen ausgedrückt. Dabei gab es jedoch deutliche regionale und qualitätsbasierte Unterschiede. Während der Wohnsektor weiterhin im Fokus vieler Investoren steht, mussten vor allem deutsche Büroimmobilien in Sekundärlagen weitere Preisrückgänge verkraften.

Bestandsentwicklung

Der Bestand der Versorgungskasse betrug am Ende des Berichtsjahres 503 Anwärter (Vorjahr: 549), 1.187 Altersrentner (Vorjahr: 1.183), 6 Invaliden- (Vorjahr: 7) und 236 Hinterbliebenenrentner (Vorjahr: 232). Die Versorgungskasse ist seit dem Geschäftsjahr 1997 beitragsfrei gestellt. Seitdem ist es der Versorgungskasse satzungsgemäß verwehrt, neue ordentliche Mitglieder aufzunehmen.

Aufgrund des Gesetzes über den Versorgungsausgleich sind Versorgungsausgleichsberechtigte im Falle der rechtskräftigen Feststellung des Versorgungsausgleichsanspruchs hinsichtlich der Rentenansprüche dem Versorgungsverpflichteten gleich zu stellen und sind in diesem Zusammenhang gleich einem ausgeschiedenen Arbeitnehmer zu behandeln. Vor diesem Hintergrund können Versorgungsausgleichsberechtigte die außerordentliche Mitgliedschaft, für die die Beitragsfreistellung unverändert gilt, in der Versorgungskasse erwerben. Im Berichtsjahr verzeichnete die Versorgungskasse keinen Zugang.

Der Anwärter-Bestand der Versorgungskasse reduzierte sich um 46 Mitglieder (Vorjahr: 50). Davon wechselten 43 in den Ruhestand (Vorjahr: 48), keiner wurde berufs- oder erwerbsunfähig (Vorjahr: 1) und drei verstarben (Vorjahr: 1).

Über alle Rentenempfänger gesehen, waren 53 Sterbefälle zu verzeichnen (Vorjahr: 55). An 18 Hinterbliebene wurde erstmals Rente gezahlt (Vorjahr: 20).

Die erreichte Jahresrentenanwartschaft verringerte sich von 1,4 Mio. EUR auf 1,3 Mio. EUR (-10,0 %). Somit betrug die durchschnittliche Jahresrentenanwartschaft 2.508 EUR (Vorjahr: 2.553 EUR).

Die Jahresrenten aller Rentenempfänger sanken leicht und betragen 9,1 Mio. EUR (Vorjahr: 9,2 Mio. EUR). Die durchschnittliche Jahresrente sank auf 6.355 EUR (Vorjahr: 6.442 EUR). Betrachtet man nur die Altersrentenempfänger, so ergibt sich eine durchschnittliche Jahresrente von 6.730 EUR (Vorjahr: 6.836 EUR). Weitere Einzelheiten über die Bewegung des Versicherungsbestandes sind der Aufstellung auf den Seiten 15 und 16 zu entnehmen.

Beitragseinnahmen

Die Versorgungskasse wurde zum 1.7.1997 beitragsfrei gestellt. Insofern sind im Berichtsjahr keine Beitragseinnahmen zu verzeichnen.

Verwaltungskosten

Da die Organe der Versorgungskasse ehrenamtlich tätig sind und die auftretenden Verwaltungskosten von den Trägerunternehmen zum größten Teil getragen wurden, entstanden der Versorgungskasse hieraus nur sehr geringe Aufwendungen.

Versicherungsleistungen

Die Aufwendungen der Versorgungskasse für Rentenleistungen (ohne Regulierungsaufwendungen) reduzierten sich gegenüber dem Vorjahr leicht auf 9,1 Mio. EUR (Vorjahr: 9,2 Mio. EUR).

Kapitalanlagen

Der Bestand an Kapitalanlagen sank gegenüber dem Vorjahr um 2,56 % und gliedert sich in:

	31.12.2025		31.12.2024	
	EUR	**%**	EUR	%
Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	**9.603.624,27**	**6,8**	10.797.643,42	7,4
Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	**76.349.926,18**	**53,8**	58.523.433,99	40,2
Hypotheken-, Grundschuld- und Namensschuldverschreibungen	**49.500.000,00**	**34,9**	62.000.000,00	42,5
Schuldscheinforderungen und Darlehen	**5.166.107,03**	**3,6**	13.325.110,78	9,1
Einlagen bei Kreditinstituten	**1.376.120,47**	**1,0**	1.082.049,74	0,7
	141.995.777,95	**100,0**	145.728.237,93	100,0

Die laufenden Erträge aus Kapitalanlagen stiegen gegenüber dem Vorjahr von 5,4 Mio. auf 5,6 Mio. EUR. Abhängig davon beträgt die laufende Durchschnittsverzinsung 2,84 % (Vorjahr: 2,75 %) gerechnet nach der vom Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e.V. empfohlenen Ermittlungsmethode.

Die Nettogewinne aus den Abgängen von Vermögenswerten beliefen sich auf 1,3 Mio. EUR (Vorjahr: 53,5 Tsd. EUR). Der Anstieg der Nettogewinne im Geschäftsjahr ist in erster Linie auf den Verkauf einer Immobilie sowie auf den Abgang von sonstigen Ausleihungen zurückzuführen, wodurch insgesamt 3,1 Mio. EUR Abgangsgewinne realisiert wurden. Gegenläufige Effekte ergaben sich aus dem Abgang von Inhaberschuldverschreibungen; im Geschäftsjahr entstanden Nettoverluste in Höhe von 1,8 Mio. EUR. Die Nettogewinne des Vorjahres resultierten überwiegend aus dem Abgang von Inhaberschuldverschreibungen in Höhe von 50 Tsd. EUR. Im Geschäftsjahr wurde eine außerordentliche Abschreibung auf Immobilien in Höhe von 133,3 Tsd. EUR durchgeführt, im Vorjahr gab es ausschließlich reguläre Abschreibungen.

Versicherungstechnische Passiva

Die versicherungstechnischen Passiva hatten zum Ende des Geschäftsjahres insgesamt eine Höhe von 137,3 Mio. EUR (Vorjahr: 141,3 Mio. EUR). Die Deckungsrückstellung bildet davon die größte Position mit 130,0 Mio. EUR. Sie reduzierte sich gegenüber dem Vorjahr um 4,6 Mio. EUR (3,4 %). Dazu gehört ebenfalls die Rückstellung für erfolgsabhängige Beitragsrückerstattung in Höhe von 7,3 Mio. EUR und die Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle in Höhe von 35,2 Tsd. EUR.

Rohüberschuss

Das Rohergebnis des Geschäftsjahres stieg von 0,2 Mio. EUR im Vorjahr auf 1,8 Mio. EUR. Davon wurden nach § 32 Abs. 2 der Satzung 10 % der Verlustrücklage gemäß § 193 VAG zugewiesen, die sich somit um 0,2 Mio. EUR auf 7,1 Mio. EUR erhöhte. Die restlichen 1,6 Mio. EUR wurden der Rückstellung für Beitragsrückerstattung zugeführt.

Solvabilität

Der geforderten Solvabilitätsspanne von 5,5 Mio. EUR stehen Eigenmittel ohne die Berücksichtigung von stillen Reserven in Höhe von 13,0 Mio. EUR gegenüber. Die Solvabilitätsquote beträgt 237,8 % (Vorjahr 221,8 %).

Überschussbeteiligung

Die Vertreterversammlung der Versorgungskasse beschloss am 28.08.2025 folgende vom Vorstand und dem Verantwortlichen Aktuar der Versorgungskasse vorgeschlagene Überschussbeteiligung für 2026:

Die bis zum 31.12.2025 erworbenen Anwartschaften sowie die dann laufenden Renten werden ab 1.1.2026 um 1 % erhöht. Eine darüberhinausgehende gesonderte Beteiligung an den Bewertungsreserven erfolgt nicht.

Die Unbedenklichkeitserklärung der Aufsichtsbehörde wurde mit Datum 27.11.2025 erteilt.

Entwicklung der finanziellen und nicht-finanziellen Leistungskennziffern

Die wesentlichen finanziellen Leistungskennziffern der Versorgungskasse sind die laufende Durchschnittsverzinsung, der Rohüberschuss und die Solvabilität. In allen dieser drei Kennziffern hat sich die Versorgungskasse im Geschäftsjahr 2025 gegenüber dem Vorjahr verbessert, Die Details dazu können der Seite zuvor entnommen werden. Nicht-finanzielle Leistungskennziffern werden von der Versorgungskasse nicht dokumentiert.

Chancen- und Risikobericht

Risikomanagementsystem

Im Rahmen der regulären Geschäftstätigkeit wird die Versorgungskasse laufend von Chancen und Risiken begleitet. Um unter diesen Rahmenbedingungen erfolgreich zu agieren, hat der Verein ein Risikomanagementsystem aufgebaut, das in die Organisationsstruktur und die Entscheidungsprozesse integriert ist.

Ziel des Risikomanagements ist die Sicherstellung der Risikotragfähigkeit und damit der langfristigen und nachhaltigen Existenzsicherung des Vereins. Mit zielgerichteten Risikomanagementaktivitäten verfolgt der Verein die Optimierung seiner Risikolage, das heißt eine Begrenzung der Risiken auf ein akzeptables Niveau unter Berücksichtigung der ihnen gegenüberstehenden Chancen. Bei den Aktivitäten berücksichtigt der Verein die aufsichtsrechtlichen Anforderungen. Durch die regelmäßige Anwendung von konsistenten Risikomanagementverfahren identifiziert und bewertet der Verein sein Risikopotenzial und ergreift bei Bedarf Gegensteuerungsmaßnahmen. Überschreiten die Analyseergebnisse dabei den definierten Toleranzbereich, werden risikomindernde Maßnahmen eingeleitet. Deren Umsetzung und Wirksamkeit wird anhand eines systematischen Controllings überwacht. Darüber hinaus wird durch entsprechende Prozesse gewährleistet, dass das Management zeitnah über neu auftretende Risiken informiert wird und erforderliche Maßnahmen eingeleitet werden.

Das Risikomanagement der Versorgungskasse ist durch Auslagerung auf die Zürich Beteiligungs-AG (ZBAG) in das Risikomanagement der Zurich Gruppe Deutschland (ZGD) integriert. Dem zentralen Risikomanagement, einem eigenständigen Bereich, obliegt dabei die Organisation, Verantwortlichkeitsregelung, Koordination, Überwachung und Kommunikation des Risikomanagementprozesses.

Gemäß des Jahresplans zur Risikobeurteilung wird unter anderem in Workshops mittels verschiedener Risikoanalysemethoden die Risikoidentifikation und -bewertung vorgenommen. Die daraus resultierenden Informationen werden zentral in einem System vorgehalten, sodass umfassende sowie konsistente Risikoanalysen erstellt werden können. Durch adäquate Maßnahmen im Unternehmen, aber auch durch die Umsetzung der Aktivitäten aus den verschiedenen Risikoanalysemethoden, soll eine Risikominderung erreicht werden. Die Erkenntnisse aus dem Risikomanagementprozess werden schließlich im Risiko-Reporting dargestellt. Das zentrale Risikomanagement agiert somit als unabhängige Risiko-Controlling-Funktion.

Das operative Risikomanagement findet in den Fachbereichen statt und ist somit in die Geschäfts- und Entscheidungsprozesse integriert. Grundsätzlich ist das operative Management für den unmittelbaren Umgang mit Risiken und insbesondere für das Eingehen von Risiken verantwortlich. Risikorelevante Themen werden regelmäßig in den Vorstandssitzungen der Versorgungskasse behandelt. Darüber hinaus überprüft ein mit Vorständen besetztes Gremium auf Ebene der Zurich Gruppe Deutschland regelmäßig die Einschätzungen zur Risikosituation und beschließt – erforderlichenfalls unter Abstimmung mit der Versorgungskasse – gegebenenfalls Maßnahmen zur Risikoreduktion. Zusammen mit dem zentralen Risikomanagement bewirkt dieses Gremium eine übergreifende und vernetzte Sicht auf alle zur Zurich Gruppe Deutschland gehörenden Unternehmen sowie der Versorgungskasse.

Risikoprofil

Resultierend aus dem Geschäftsmodell betreffen die maßgeblichen Risiken des Vereins die versicherungstechnischen Risiken, Risiken aus der Kapitalanlage, operationelle Risiken sowie sonstige Risiken. Diese werden im Folgenden dargestellt.

Risiken aus dem Versicherungsgeschäft

Typische versicherungstechnische Risiken einer Versorgungskasse sind das biometrische Invaliditäts- und Langlebigkeitsrisiko sowie das Zinsgarantierisiko.

Die biometrischen Risiken bestehen darin, dass die tatsächlichen Parameter nachteilig von den Annahmen abweichen, die den Kalkulationen zugrunde gelegt wurden, und dadurch höhere Leistungen für Alters-, Invaliden oder Hinterbliebenenrenten anfallen als erwartet. Der Verein begegnet den biometrischen Risiken durch regelmäßige Bestands- und Leistungsanalysen.

Das Zinsgarantierisiko bezieht sich auf den Rechnungszins (einheitlich 3,5 %), der bei ungünstigem Kapitalmarktumfeld nicht erwirtschaftet werden kann

Die Versorgungskasse reduziert dieses Risiko insbesondere durch eine geeignete Kapitalanlage, bei der in erster Linie auf hohe Qualität und geringes Risiko der Zinstitel Wert gelegt wird. Mittels des regelmäßig durchgeführten Asset-Liability-Managements und der Planungsrechnung überprüft der Verein regelmäßig die dauernde Erfüllbarkeit der sich ergebenden Verpflichtungen.

Aufgrund des langsam auslaufenden Portfolios und den damit einhergehenden möglichen größeren Schwankungen in den Risiken wird die Verlustrücklage kontinuierlich auf bis zu 10 % der Bilanzlänge aufgefüllt, um solche möglichen Schwankungen adäquat abfangen zu können.

Chancen und Risiken aus der Kapitalanlage

Auf der Grundlage eines systematischen und strukturierten Anlageprozesses wird eine angemessene und risikoangepasste Rendite angestrebt. Ziel ist es, ein möglichst stabiles Ergebnis im Zeitablauf zu erreichen.

Daher wird insbesondere in Bezug auf die mit der Kapitalanlage verbundenen Risiken eine eher konservative Ausrichtung verfolgt. Dennoch verbleiben Handlungsspielräume, um auch an zukünftigen Ertragschancen im Finanzsektor zu partizipieren.

Die Risiken aus der Kapitalanlage lassen sich in Marktpreis-, Bonitäts- und Liquiditätsrisiken unterteilen.

Marktpreisrisiko

Marktpreisrisiko ist das Risiko einer negativen Preisänderung einer Kapitalanlage aufgrund von Entwicklungen der zugrundeliegenden Marktrisikofaktoren. Grundsätzlich wird zwischen Zinsänderungs-, Aktienkurs-, Immobilien- und Wechselkursrisiken unterschieden, wobei für die Gesellschaft neben dem Zinsänderungsrisiko nur das Immobilienrisiko relevant ist. Aktien oder Fremdwährungsbestände sind im Anlageportfolio nicht enthalten.

Das Zinsänderungsrisiko wird durch die Festlegung von Anlagerichtlinien, einer risikoaversen Mischung und Streuung der Anlagen sowie durch Asset-Liability-Analysen kontinuierlich überwacht und gesteuert. Zudem wird im Rahmen des Kapitalanlagemanagements die Einhaltung der gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Vorschriften sichergestellt. Auswirkungen auf den Marktwert der Kapitalanlagen werden regelmäßig anhand von Szenarioanalysen sowie Stresstests modelliert.

Immobilien machen etwa 12 % des Gesamtportfolios nach Marktwerten aus, mit einem Wert von rund 18 Mio. EUR. Die Versorgungskasse betrachtet dieses Investment als wesentliches Risiko, auch wegen der eingeschränkten Liquidität von Immobilien. Vor dem Hintergrund des auslaufenden Versorgungsbestandes der Kasse, soll der Immobilienbestand mittel- bis langfristig schrittweise reduziert werden. Für das Jahr 2026 ist eine Veräußerung einer Wohnimmobilie geplant. Die vorhandenen stillen Reserven betragen rund 80 % des Buchwerts und begrenzen das Risiko, dass Marktwertrückgänge das Ergebnis kurzfristig belasten.

Bonitätsrisiko

Das Bonitätsrisiko ist das Risiko einer Bonitätsverschlechterung oder eines Ausfalls eines Wertpapiers (Emission) beziehungsweise eines Schuldners (Emittenten). Die interne Betrachtung des Bonitätsrisikos bzw. der Kreditqualität beruht auf Marktratings anerkannter Ratingagenturen. Sofern mehrere und unterschiedliche Ratings vorliegen, wird das schlechtere bei zwei Ratings bzw. das mittlere bei drei Ratings verwendet.

Die Steuerung und Begrenzung des Bonitätsrisikos erfolgt über vorgegebene Anlagerichtlinien, strenge Auswahlkriterien sowie Anlagehöchstgrenzen unter Berücksichtigung aufsichtsrechtlicher Anforderungen.

Das Durchschnittsrating der bewerteten Titel im Anleiheportfolio beträgt AA und setzt sich auf Basis der Marktwerte wie folgt zusammen:

Rating	Anteil in %
AAA	36,7
AA+, AA, AA-	43,6
A+, A, A-	18,8
BBB+, BBB, BBB-	0,9

Der Anteil von Staats- und Länderanleihen Pfandbriefen im Anleiheportfolio beträgt dabei ca. 55 %, gefolgt von Pfandbriefen mit 35 % und Unternehmensanleihen mit 10 %.

Liquiditätsrisiko

Unter Liquiditätsrisiko wird das Risiko verstanden, den Zahlungsverpflichtungen zum Zeitpunkt ihrer Fälligkeit mangels ausreichend vorhandener liquider Mittel nicht gerecht werden zu können. Dem Risiko wird mit einer mittelfristigen Liquiditätsplanung begegnet, welche für das jeweilige Geschäftsjahr eine Prognose der Zahlungsströme auf Monatsbasis erstellt, auf deren Basis die weitere Steuerung vorgenommen wird.

Operationelle Risiken

Operationelle Risiken bezeichnen Risiken, die aus unzulänglichen internen Prozessen, menschlichem Handeln, Systemen oder externen Ereignissen entstehen. Dazu gehören auch Informationssicherheitsrisiken oder Rechtsrisiken. Speziellen Nachhaltigkeitsrisiken im Feld der operationellen Risiken hat die Versorgungskasse für sich nicht identifiziert. Wesentliche Risiken sieht die Versorgungskasse bezüglich der Einhaltung von Governance Anforderungen zum Einsatz von Informationstechnologie.

Operationelle Risiken ergeben sich aus der unternehmerischen Tätigkeit und sind typischerweise nicht vollständig vermeidbar. Das Risikomanagement ist darauf ausgerichtet, das operationelle Risiko auf ein akzeptables Maß zu reduzieren.

Die Versorgungskasse begegnet den operationellen Risiken mit einem adaptierten Rahmenwerk, das eng vernetzte Instrumente und Aktivitäten umfasst und auch für Dienstleister gilt. Vom zentralen Risikomanagement gesteuerte systematische Verfahren identifizieren, bewerten und steuern regelmäßig die operationellen Risiken. Interne Kontrollen und damit gegebenenfalls verbundene Maßnahmen zielen ab auf die Reduktion von Risiken in Geschäfts- und Finanzprozessen. Die Angemessenheit und Wirksamkeit der Kontrollen wird regelmäßig durch die jeweiligen Fachbereiche und auch durch externe Wirtschaftsprüfungsgesellschaften geprüft. Operationelle Schadenereignisse werden erfasst und mit entsprechenden Maßnahmen versehen.

Die Versorgungskasse hat keine eigenen Mitarbeiter. Operationelle Aufgaben wurden weitestgehend mit Dienstleistungsverträgen auf Unternehmen der Zurich Gruppe Deutschland ausgegliedert, darüber hinaus werden auch Dienstleitungen von weiteren externen Anbietern eingesetzt. Risiken im Zusammenhang mit der Erbringung der Dienstleistungen werden regelmäßig überwacht.

Das Business Continuity Management der Gesellschaft entwickelt Notfallpläne zur Wiederherstellung kritischer Geschäftsprozesse im Katastrophenfall und minimiert das Risiko längerer Betriebsunterbrechungen.

Informationssicherheitsrisiken

Das Informationssicherheits-Managementsystem (ISMS) ist das zentrale Instrument zur Erhaltung und Verbesserung der Informationssicherheit und Steuerung von Informationsrisiken. Das ISMS dient vor allem der Abwehr von Cyberangriffen, Reduzierung von IKT-Ausfällen und den Verlust oder Diebstahl von Daten. Dedizierte Vorkehrungen, wie redundante Systeme und umfangreiche Datensicherungsverfahren sollen die Wiederherstellung kritischer Infrastruktur im Katastrophenfall sicherstellen. Antivirenprogramme, Firewalls, Verschlüsselungstechniken und Berechtigungssysteme schützen vertrauliche Daten. Regelmäßige Tests reduzieren die Fehlerhäufigkeit, und besonders schützenswerte Systeme sind gegen DDoS-Angriffe geschützt. Die kontinuierliche Überwachung und Auswertung von Fehlersituationen führt zu Verbesserungsmaßnahmen zur Fehlerminimierung.

Rechtsrisiken

Das Rechtsrisiko umfasst die potenziellen Verluste aus der unzureichenden Berücksichtigung der aktuellen Rechtslage, insbesondere aufgrund belastender gerichtlicher oder behördlicher Entscheidungen sowie nachteiliger Gesetzesänderungen. Darüber hinaus umfasst das Rechtsrisiko Verluste aus einer unklaren Rechtslage sowie aus nachteiligen vertraglichen Regelungen. Die Versorgungskasse versucht, Risiken aus externen Ereignissen, zu denen sie auch Risiken aus neuen gesetzlichen Regelungen oder für sie ungünstigen Auslegungen durch Gerichte zählt, durch ständige Beobachtung des Branchenumfelds frühzeitig zu erkennen und geeignete Maßnahmen zu ergreifen.

Sonstige Risiken

Den sonstigen Risiken begegnet die Versorgungskasse mit einem regelmäßig durchgeführten Risikokontrollprozess, indem die Risiken identifiziert, analysiert, bewertet, gesteuert, intensiv überwacht und kommuniziert werden.

Die Versorgungskasse muss alle geltenden IT-relevanten regulatorischen Vorgaben, insbesondere die Versicherungsaufsichtlichen Anforderungen an die IT (VAIT) bis einschließlich zum 16.01.2025, einhalten. Regelmäßige interne und externe Prüfungen bewerten den Stand der Compliance und identifizieren Nachholbedarfe. Von besonderem Interesse sind die Bereiche Informationsrisikomanagement (IRM), für den alle Nachholbedarfe geschlossen werden konnten sowie Berechtigungsmanagement (Identity Access Management bzw. IAM), für den das dedizierte Projekt voraussichtlich im Jahr 2027 abgeschlossen sein wird.

Mit der Einhaltung der regulatorischen Anforderungen, insbesondere auch des ab dem 17.01.2025 einzuhaltenden Digital Operational Resilience Act (DORA), begegnet die Versorgungskasse den Risiken aus der Digitalisierung und Automatisierung, aber auch der Ausgliederung von Prozessen.

Zusammenfassende Darstellung der Chancen- und Risikolage

Zusammenfassend sieht die Versorgungskasse unter Berücksichtigung der ergriffenen Maßnahmen derzeit keine Entwicklungen, die die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Versorgungskasse bestandsgefährdend beeinträchtigen. Die aufgeführten Einzelrisiken sind mit den auf den Weg gebrachten Maßnahmen ausreichend abgedeckt.

Die in diesem Bericht gemachten Aussagen und Erwartungen hinsichtlich der zukünftigen Entwicklung werden unter dem Vorbehalt getroffen, dass neben den hier aufgeführten Risiken bisher nicht prognostizierte schwerwiegende Veränderungen der allgemeinen

wirtschaftlichen Lage und der Wettbewerbssituation auf den internationalen Finanzmärkten einen erheblichen Einfluss auf die Geschäftstätigkeit und -ergebnisse haben können. Nicht prognostizierte Veränderungen können insbesondere aus einer Eskalation von geopolitischen Konflikten und aus Gesetzesänderungen resultieren.

Die aktuellen aufsichtsrechtlichen Anforderungen werden weiterhin erfüllt.

Ausblick

Wesentliche Veränderungen in der Geschäftstätigkeit der Versorgungskasse sind nicht beabsichtigt. Wir haben 2025 begonnen die Struktur unseres Kapitalanlagenbestandes an die aktuellen Marktgegebenheiten anzupassen und haben eine Bestandsimmobilie veräußert und die freiwerdenden Mittel in festverzinsliche Wertpapiere wieder angelegt. Gleichzeitig haben wir die Fälligkeitsstruktur unserer Kapitalanlagen an die Fälligkeit unserer zukünftigen Rentenzahlungen angepasst und dabei auch bewusst stille Lasten realisiert. Aus diesen Maßnahmen erwarten wir im Jahr 2026 unsere laufende Durchschnittsverzinsung von 2,84 % vom Geschäftsjahr 2025 nachhaltig stabilisieren zu können, um auch in Zukunft einerseits Leistungserhöhungen möglich zu machen und andererseits unsere Rücklagen zu stärken, sodass die Versorgungskasse dauerhaft und zuverlässig ihr Versorgungsversprechen wie erwartet einhalten kann.

Wir werden in 2026 eine weitere Bestandsimmobilie veräußern und den Verkaufserlös einerseits nutzen, um die derzeit hohen Zinsen auf dem Kapitalmarkt für Reinvestitionen in festverzinsliche Wertpapiere zu nutzen und andererseits stille Lasten in unserem Bestand an festverzinslichen Kapitalanlagen zu reduzieren sowie planmäßige Investitionen in unsere Bestandsimmobilien vorzunehmen. Mit diesen Maßnahmen wollen wir die laufende Durchschnittsverzinsung für die Zukunft auf ein stabiles Fundament stellen. Durch den Verkauf einer Bestandsimmobilie erwarten wir für das Jahr 2026 erneut einen deutlich erhöhten Rohüberschuss, der unsere RfB stärken und unsere Solvenzquote weiter verbessern wird.

Die Risiken, unsere Ziele in den kommenden Jahren nicht zu erreichen, liegen in möglichen negativen Entwicklungen an den Finanzmärkten, außergewöhnlichen Risikoereignissen und Veränderungen in der handels- und aufsichtsrechtlichen Gesetzgebung.

Die Prognosen sind von den erhöhten Unsicherheiten resultierend aus den geopolitischen Eskalationen auf der Welt geprägt. Neben dem jahrelangen Krieg Russlands gegen die Ukraine hat der kürzlich eskalierte Nahostkonflikt zu hoher Volatilität an den Kapitalmärkten geführt und die weitere Entwicklung bleibt äußerst unsicher. Unsere Gesellschaft unterhält keine direkten Investitionen in den betroffenen Gebieten im Nahen Osten. Dennoch ist unsere Kapitalanlage von den jüngsten Entwicklungen betroffen, da ein nachhaltig höherer Öl- und Gaspreis sowie gestörte Lieferketten inflationstreibend wirken und somit zu andauernd höheren Zinsen führen können. Auch die Risikoaufschläge bei Unternehmensanleihen sind bereits moderat gestiegen, was kurzfristig die Kurse der Unternehmensanleihen drückt. Ein sich weiter eskalierender Konflikt dürfte die oben beschriebenen Effekte kurzfristig noch weiter verstärken, während eine baldige Deeskalation entsprechend positive Auswirkungen auf die Kapitalmärkte haben sollte. Insgesamt profitieren wir in der Kapitalanlage von der hohen Sicherheit einzelner Anlagen und der breiten Diversifikation des Gesamtportfolios, so dass wir zum aktuellen Zeitpunkt zwar von höheren Marktwertschwankungen, langfristig aber nicht von einem nachhaltig wertmindernden Effekt ausgehen. Sekundäreffekte am globalen Kapitalmarkt oder auf die volkswirtschaftliche Entwicklung betreffen aber auch unseren Verein, wie alle anderen Marktteilnehmer. Wir werden dies eng beobachten und unsere Entscheidungen daran ausrichten.

Der Geschäftsverlauf unserer Versorgungskasse war in den ersten vier Monaten bezogen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage insgesamt planmäßig.

Köln, den 23.04.2026

Der Vorstand

Hildebrand Schuster Hippler Schönowsky

Anlage zum Lagebericht

Bewegung des Bestandes an Pensionsversicherungen im Geschäftsjahr 2025

	Anwärter		Invaliden- und Altersrentner		
	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Summe der Jahresrenten
	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Euro
I. Bestand am Anfang des Geschäftsjahres	**236**	**313**	**583**	**607**	**8.100.643,49**
II. Zugang während des Geschäftsjahres:					
1 Neuzugang an Anwärtern, Zugang an Rentnern	-	-	20	23	183.603,62
2 sonstiger Zugang	-	-	-	-	60.392,00
3 gesamter Zugang	-	-	20	23	243.995,62
III. Abgang während des Geschäftsjahres:					
1 Tod	2	1	23	17	345.700,16
2 Beginn der Altersrente	20	23	-	-	-,--
3 Berufs- oder Erwerbsunfähigkeit (Invalidität)	-	-	-	-	-,--
4 Reaktivierung, Wiederheirat, Ablauf	-	-	-	-	-,--
5 Ausscheiden unter Zahlung von Rückkaufswerten, Rückgewährbeträgen und Austrittsvergütungen	-	-	-	-	-,--
6 Ausscheiden ohne Zahlung von Rückkaufswerten, Rückgewährbeträgen und Austrittsvergütungen	-	-	-	-	-,--
7 sonstiger Abgang	-	-	-	-	-,--
8 gesamter Abgang	22	24	23	17	345.700,16
IV. Bestand am Ende des Geschäftsjahres	**214**	**289**	**580**	**613**	**7.998.938,95**
davon					
1 beitragsfreie Anwartschaften	214	289			
2 in Rückdeckung gegeben	-	-			

Hinterbliebenenrenten					
Witwen	Witwer	Waisen	Summe der Jahresrenten		
			Witwen	Witwer	Waisen
Anzahl	Anzahl	Anzahl	Euro	Euro	Euro
184	**42**	**6**	**909.874,56**	**149.102,24**	**1.224,72**
16	1	1	89.069,57	2.094,23	269,85
-	-	-	6.800,27	1.118,26	9,18
16	1	1	95.869,84	3.212,49	279,03
10	3	-	61.181,77	12.013,79	-,- -
-	-	-	-,- -	-,- -	-,- -
-	1	-	-,- -	-,- -	-,- -
-	-	-	-,- -	3.397,21	-,- -
-	-	-	-,- -	-,- -	-,- -
-	-	-	-,- -	-,- -	-,- -
-	-	-	-,- -	-,- -	-,- -
10	4	-	61.181,77	15.411,00	-,- -
190	**39**	**7**	**944.562,63**	**136.903,73**	**1.503,75**

Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2025

Bilanz zum 31. Dezember 2025

Aktivseite

Bilanz zum 31. Dezember 2025

Aktivseite				**2025**	**2024**
	EUR	**EUR**	**EUR**	**EUR**	**EUR**
A. Kapitalanlagen					
I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken			9.603.624,27		10.797.643,42
II. Sonstige Kapitalanlagen					
1. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere		76.349.926,18			58.523.433,99
2. Sonstige Ausleihungen					
a) Namensschuldverschreibungen	49.500.000,00				
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	5.166.107,03	54.666.107,03			75.325.110,78
3. Einlagen bei Kreditinstituten		1.376.120,47			1.082.049,74
			132.392.153,68		134.930.594,51
				141.995.777,95	145.728.237,93
B. Forderungen					
I. Sonstige Forderungen				**381.020,37**	349.572,03
davon:					
aus Steuern 69,39 EUR (Vorjahr: 225,85 EUR)					
C. Sonstige Vermögensgegenstände					
I. Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand				**22.847,79**	41.690,43
D. Rechnungsabgrenzungsposten					
I. Abgegrenzte Zinsen und Mieten				**2.889.951,79**	2.530.083,67
Summe der Aktiva				**145.289.597,90**	148.649.584,06

Bestätigungsvermerk des Treuhänders

Gemäß § 128 Abs. 5 VAG bestätige ich, dass das Sicherungsvermögen vorschriftsmäßig angelegt und aufbewahrt ist.

Köln, den 20. März 2026

Gero Tuchan
Treuhänder

Passivseite

Bilanz zum 31. Dezember 2025

Passivseite		**2025**	**2024**
	EUR	**EUR**	**EUR**
A. Eigenkapital			
I. Gewinnrücklagen			
Verlustrücklage gemäß § 193 VAG		**7.053.667,22**	6.878.215,20
B. Versicherungstechnische Rückstellungen			
I. Deckungsrückstellung	129.986.618,25		134.598.674,66
II. Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle	35.206,39		4.355,10
III. Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung	7.263.550,75		6.693.972,63
		137.285.375,39	141.297.002,39
C. Andere Rückstellungen			
I. Sonstige Rückstellungen		**342.914,36**	3.881,86
D. Andere Verbindlichkeiten			
I. Sonstige Verbindlichkeiten		**607.640,93**	470.484,61
davon:			
aus Steuern 7.552,19 EUR (Vorjahr: - EUR)			
Summe der Passiva		**145.289.597,90**	148.649.584,06

Bestätigungsvermerk des Verantwortlichen Aktuars

Es wird bestätigt, dass die Deckungsrückstellung nach dem zuletzt am 08.09.2025 genehmigten Geschäftsplan berechnet worden ist.

Köln, den 10. März 2026

Dr. Jens Wagener

Verantwortlicher Aktuar

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2025

Gewinn- und Verlustrechnung

für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2025

			2025	2024
		EUR	EUR	EUR
I.	**Versicherungstechnische Rechnung**			
1.	Beiträge aus der Rückstellung für Beitragsrückerstattung		**1.009.490,06**	1.929.706,40
2.	Erträge aus Kapitalanlagen:			
	a) Erträge aus anderen Kapitalanlagen			
	aa) Erträge aus Grundstücken, grundstücksgleichen Rechten und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	1.195.476,01		1.079.615,86
	bb) Erträge aus anderen Kapitalanlagen	4.439.186,89		4.265.515,94
		5.634.662,90		5.345.131,80
	b) Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen	3.090.117,87		61.145,00
			8.724.780,77	5.406.276,80
3.	Aufwendungen für Versicherungsfälle			
	a) Zahlungen für Versicherungsfälle	9.108.319,52		9.233.930,46
	b) Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle	30.851,29		1.462,25
			9.139.170,81	9.235.392,71
4.	Veränderung der übrigen versicherungstechnischen Rückstellungen			
	a) Deckungsrückstellung		**4.612.056,41**	3.237.496,51
5.	Aufwendungen für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattungen		**1.579.068,18**	141.110,03
6.	Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb			
	a) Verwaltungsaufwendungen		**87,53**	82,86
7.	Aufwendungen für Kapitalanlagen			
	a) Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen, Zinsaufwendungen und sonstige Aufwendungen für die Kapitalanlagen	1.290.906,80		1.017.370,43
	b) Abschreibungen auf Kapitalanlagen	385.667,02		263.680,33
	c) Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen	1.825.519,14		7.648,36
			3.502.092,96	1.288.699,12
8.	**Versicherungstechnisches Ergebnis**		**125.907,76**	-91.805,01

Fortsetzung	EUR	2025 EUR	2024 EUR
II. Nichtversicherungstechnische Rechnung			
1. Sonstige Erträge	43.915,11		106.213,51
2. Sonstige Aufwendungen	1.446,34		519,66
		42.468,77	105.693,85
3. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit		**168.376,53**	13.888,84
4. Sonstige Steuern		**-7.075,49**	-1.790,05
5. Jahresüberschuss		**175.452,02**	15.678,89
6. Einstellung in Gewinnrücklagen:			
in die Verlustrücklage gemäß § 193 VAG		**-175.452,02**	-15.678,89
7. Bilanzgewinn		**0,00**	0,00

Anhang
Angaben zur Bilanzierung und Bewertung

Der Jahresabschluss wurde nach den Vorschriften des HGB und VAG sowie den für Versicherungsunternehmen geltenden Sondervorschriften aufgestellt.

Die Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken wurden gemäß § 341b Abs. 1 i. V. m. § 253 Abs. 1 Satz 1, Abs. 3 HGB nach den Vorschriften für das Anlagevermögen mit den fortgeführten Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten angesetzt. Danach waren außerplanmäßige Abschreibungen nur dann durchzuführen, wenn es sich um voraussichtlich dauernde Wertminderungen handelte.

Für Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere erfolgte die Bewertung gemäß § 341b Abs. 2 zweiter Halbsatz HGB i. V. m. § 253 Abs. 1 Satz 1, Abs. 3 Satz 5 HGB nach den Vorschriften für das Anlagevermögen mit den fortgeführten Anschaffungskosten. Sich ergebende Agien und Disagien wurden linear über die Restlaufzeit amortisiert. Bei den Inhaberschuldverschreibungen ohne Endfälligkeit wurde das Agio bzw. Disagio im Geschäftsjahr über die Zinsbindungsfrist amortisiert. Im Geschäftsjahr 2025 wurde die Bilanzierungs- und Bewertungsmethode für Inhaberschuldverschreibungen mit Disagio analog den Agien dahingehend angepasst, dass die Disagien amortisiert werden. Dies führt zu einem zutreffenderen Einblick in die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage. Zuvor erfolgte keine Amortisation der Disagien. Das Jahresergebnis erhöht sich infolgedessen um 285 Tsd. EUR. Bei voraussichtlich dauernder Wertminderung wird auf den niedrigeren beizulegenden Wert abgeschrieben. Zur Feststellung, ob eine voraussichtlich dauernde Wertminderung vorlag, wurden systematische Methoden gemäß IDW RS VFA 2 angewandt. Indizien für eine voraussichtlich dauernde Wertminderung waren u.a. der Umfang und die Dauer der Wertminderung. Das Wertaufholungsgebot gemäß § 253 Abs. 5 HGB wird beachtet.

Bei voraussichtlich dauernder Wertminderung wird bei Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere der Abschreibungsbetrag im Rahmen einer Einzelfallprüfung festgelegt. Die Versorgungskasse hat bei der Beurteilung des Vorliegens einer voraussichtlich dauernden Wertminderung in Bezug auf Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere Bonitätsprüfungen der Emittenten sowie die Entwicklungen von Ratings herangezogen. Die stillen Lasten stellten nach § 253 Abs. 3 Satz 5 HGB keine voraussichtlich dauernde Wertminderung dar. Daher waren Abschreibungen nicht erforderlich. Die Gesellschaft rechnete aufgrund der Bonität der Emittenten nicht mit Zahlungsausfällen.

Namensschuldverschreibungen wurden gemäß § 341c Abs. 1 HGB mit dem Nennbetrag abzüglich Tilgungen bewertet. Das Verfahren zur Ermittlung einer dauernden Wertminderung entsprach demjenigen von Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere.

Schuldscheinforderungen und Darlehen wurden gemäß § 341c Abs. 3 HGB mit den Anschaffungskosten zuzüglich/abzüglich der kumulierten Amortisation eines Unterschiedsbetrages zwischen Anschaffungskosten und Rückzahlungsbetrag unter Anwendung der Effektivzinsmethode angesetzt. Das Verfahren zur Ermittlung einer voraussichtlich dauernden Wertminderung entsprach demjenigen von Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere.

Die Bewertung der Einlagen bei Kreditinstituten erfolgte zum Nominalwert.

Die sonstigen Forderungen wurden mit dem Nennwert bilanziert.

Die Deckungsrückstellung wurde entsprechend der Festlegungen des genehmigten Geschäftsplans einzelvertraglich nach der prospektiven Methode mit einem Rechnungszins von 3,5 % und unter Verwendung von modifizierten Richttafeln 2005 G von Heubeck als biometrische Grundlage berechnet.

In der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft wurden die noch nicht ausgezahlten Leistungen für Versicherungsfälle, die bis zum Bilanzstichtag eingetreten sind und bei der Bestandsfeststellung bekannt waren, für jeden Versicherungsfall einzelvertraglich ermittelt.

Der Ansatz der anderen Verbindlichkeiten erfolgte mit dem Erfüllungsbetrag.

Sonstige nicht einzeln aufgeführte Aktiva bzw. Passiva wurden mit dem Nominalbetrag bzw. Erfüllungsbetrag angesetzt.

Entwicklung der Aktivposten A I bis II im Geschäftsjahr 2025

	Bilanzwerte 01.01.2025 EUR	Zugänge EUR	Umbuchungen EUR
A. I. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken:	**10.797.643,42**	-	-
A. II. Sonstige Kapitalanlagen			
1. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	**58.523.433,99**	25.457.449,81	-
2. Sonstige Ausleihungen			
a) Namensschuldverschreibungen	**62.000.000,00**	-	-
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	**13.325.110,78**	-	-
3. Einlagen bei Kreditinstituten	**1.082.049,74**	294.070,73	-
Summe A II.	**134.930.594,51**	25.751.520,54	-
Insgesamt	**145.728.237,93**	**25.751.520,54**	**-**

Abgänge EUR	Zuschreibungen EUR	Abschreibungen EUR	Bilanzwerte 31.12.2025 EUR
-808.352,13	-	-385.667,02	**9.603.624,27**
-7.630.957,62	-	-	**76.349.926,18**
-12.500.000,00	-	-	**49.500.000,00**
-8.159.003,75	-	-	**5.166.107,03**
-	-	-	**1.376.120,47**
-28.289.961,37	-	-	**132.392.153,68**
-29.098.313,50	**-**	**-385.667,02**	**141.995.777,95**

Angaben zur Bilanz

Aktiva

A. Kapitalanlagen

Die Entwicklung der Kapitalanlagen ist im Einzelnen auf Seite 22 und 23 dargestellt. Hierzu werden ergänzend nachstehende Angaben gemacht:

I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken

Bei den im Bestand befindlichen Grundstücken handelt es sich um zwei Grundstücke mit Wohnbauten und um zwei Grundstücke mit Geschäfts- und anderen Bauten, die fremdgenutzt sind.

Zeitwerte der Kapitalanlagen

	Bilanzwerte 31.12.2025 EUR	**Zeitwerte 31.12.2025 EUR**	Bilanzwerte 31.12.2024 EUR	Zeitwerte 31.12.2024 EUR
Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	**9.603.624,27**	**17.620.000,02**	10.797.643,42	20.840.000,00
Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	**76.349.926,18**	**71.901.618,87**	58.523.433,99	53.966.504,47
Sonstige Ausleihungen	**54.666.107,03**	**55.706.350,92**	75.325.110,78	82.274.056,62
Einlagen bei Kreditinstituten	**1.376.120,47**	**1.376.120,47**	1.082.049,74	1.082.049,74
Summe	**141.995.777,95**	**146.604.090,28**	145.728.237,93	158.162.610,83
Unterschiedsbetrag zum Bilanzwert		**4.608.312,33**		12.434.372,90

Bei den Grundstücken erfolgte die Ermittlung der Zeitwerte im Geschäftsjahr durch unabhängige Sachverständige auf Basis des jeweiligen Ertragswertes in Anlehnung an die Grundsätze der Immobilienwertermittlungsverordnung vom 01. Januar 2022.

Für Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere wurden die Zeitwerte anhand der Börsenkurse am Stichtag ermittelt.

Die Zeitwertermittlung für Namensschuldverschreibungen, Schuldscheinforderungen und Darlehen erfolgte auf Grundlage unterschiedlicher Zinsstrukturkurven, unter Berücksichtigung der Restlaufzeit und der Bonität, nach einem finanzmathematischen Bewertungsverfahren.

Bei den Einlagen bei Kreditinstituten wurde als Zeitwert der Buchwert herangezogen.

Der Zeitwert der zu fortgeführten Anschaffungskosten ausgewiesenen Kapitalanlagen entsprechend § 54, § 55 und § 56 RechVersV betrug 94.741.686,44 Euro (Vorjahr: 89.196.858,42 Euro).

Der Zeitwert der zum Nennwert ausgewiesenen Namensschuldverschreibungen entsprechend § 54 und § 56 RechVersV betrug 50.486.283,37 Euro (Vorjahr 67.883.702,67 Euro).

Die Gesamtsumme der Anschaffungskosten der in die Überschussbeteiligung einzubeziehenden Kapitalanlagen betrug 141.995.777,95 Euro (Vorjahr 145.728.237,93 Euro); der Zeitwert dieser Anlagen belief sich auf 146.604.090,28 Euro (Vorjahr 158.162.610,83 Euro), so dass sich ein positiver Saldo von 4.608.312,33 Euro (Vorjahr 12.434.372,90 Euro) ergab.

Die Buchwerte der Inhaberschuldverschreibungen, die wie Anlagevermögen gemäß § 341b Abs. 2 HGB zweiter Halbsatz bilanziert wurden, betrugen 76.349.926,18 Euro (Vorjahr 58.523.433,99 Euro).

Für die zu den Kapitalanlagen gehörenden Finanzinstrumente, für welche die Abschreibung gemäß § 253 Abs. 3 Satz 6 HGB unterblieben ist, betrug der Buchwert 62.576.819,42 Euro (Vorjahr 37.147.320,87 Euro); der Zeitwert betrug 56.972.300,10 Euro (Vorjahr 31.181.575,25 Euro). Die Abschreibung ist unterblieben, da die Wertminderungen nicht als dauernd eingeschätzt wurden. Wir erachten die Wertminderung als zinsinduziert und nicht bonitätsinduziert.

Dadurch waren im laufenden Geschäftsjahr Abschreibungen in Höhe von 5.604.519,32 Euro (Vorjahr 5.965.745,62 Euro) nicht erforderlich.

Gemäß Satzung entscheidet die Vertreterversammlung aufgrund von Informationen und Vorschlägen des Verantwortlichen Aktuars über eine Beteiligung der Versorgungsberechtigten an den Bewertungsreserven der Kapitalanlagen.

B. Forderungen

Sonstige Forderungen

Bei den sonstigen Forderungen handelt es sich überwiegend um Mietforderungen und Mietnebenkosten.

Passiva

A. Eigenkapital

Gewinnrücklagen

Verlustrücklage gemäß § 193 VAG

	EUR
Stand am 31.12.2024	6.878.215,20
Zuführung des Jahresüberschusses	175.452,02
Stand am 31.12.2025	7.053.667,22

B. Versicherungstechnische Rückstellungen

I. Deckungsrückstellung

	EUR
Stand am 31.12.2024 lt. versicherungsmathematischer Berechnung	134.598.674,66
Veränderung der Deckungsrückstellung in 2025	-4.612.056,41
Stand am 31.12.2025 lt. versicherungsmathematischer Berechnung	129.986.618,25

II. Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle

Es handelt sich um Rückstellungen für fällige, aber noch nicht ausgezahlte Rentenzahlungen.

III. Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung

	EUR
Stand am 31.12.2024	6.693.972,63
Entnahme im Geschäftsjahr	1.009.490,06
Zuführung im Geschäftsjahr	1.579.068,18
Stand am 31.12.2025	7.263.550,75

davon entfallen auf:

a) bereits festgelegte aber noch nicht zugeteilte laufende Überschussanteile	1.299.866,18
b) den ungebundenen Teil (Rückstellung für Beitragsrückerstattung ohne den Buchstaben a)	5.963.684,57

Die für die Überschussbeteiligung des Folgejahres erforderlichen Mittel werden zum 01.01.2026 der RfB entnommen und der Deckungsrückstellung zugeführt.

C. Andere Rückstellungen

Sonstige Rückstellungen

Es handelt sich um Rückstellungen für Instandhaltungsmaßnahmen.

D. Andere Verbindlichkeiten

Sonstige Verbindlichkeiten

Es handelt sich überwiegend um Verbindlichkeiten in Form von Mietnebenkosten.

Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung

Beiträge

Es werden ausschließlich beitragsfreie Einzel-Pensionsversicherungen im Bestand geführt.

Nettoergebnis aus Kapitalanlagen

	2025	2024
	EUR	EUR
Erträge aus Kapitalanlagen	**8.724.780,77**	5.406.276,80
Aufwendungen für Kapitalanlagen	**3.502.092,96**	1.288.699,12
Nettoergebnis aus Kapitalanlagen	**5.222.687,81**	4.117.577,68

Aufwendungen für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung für eigene Rechnung

Bei den Aufwendungen in Höhe von 1.579.068,18 EUR (Vorjahr: 141.110,63 EUR) handelt es sich ausschließlich um erfolgsabhängige Beitragsrückerstattung.

Honorar des Abschlussprüfers

Das vom Abschlussprüfer für die Durchführung der Jahresabschlussprüfung für das Geschäftsjahr berechnete Gesamthonorar in Höhe von 29.458 EUR (Vorjahr: 29.458 EUR) wird von der DHAG übernommen.

Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

Die Versorgungskasse ist gem. § 5 Abs. 1 Nr. 4 KStG und § 5 Abs. 1 Nr. 3 KStG steuerbefreit.

Allgemeine Angaben

Identifikation des Vereins

Versorgungskasse der Deutscher Herold Versicherungsgesellschaften Versicherungsverein a.G.,

Deutzer Allee 1, 50679 Köln

Sitz der Versorgungskasse: Köln

Organe

Die Angaben zu den Mitgliedern des Aufsichtsrates und des Vorstandes sind auf Seite 2 aufgeführt. Sie sind ehrenamtlich für die Versorgungskasse tätig, der Versorgungskasse entstanden somit daraus keine Ausgaben. Kredite an Organmitglieder wurden nicht gewährt.

Mitarbeiter

Die Versorgungskasse beschäftigt keine Mitarbeiter. Die Verwaltungsleistungen wurden im Wesentlichen von Unternehmen der Zurich Gruppe Deutschland erbracht; darüber hinaus wurden weitere Dienstleistungen von anderen Unternehmen erbracht. Die für diese Leistungen zu zahlenden Vergütungen wurden von den Trägerunternehmen übernommen.

Sonstige finanzielle Verpflichtungen und Haftungsverhältnisse

Zum 31.12.2025 bestanden keine sonstigen finanziellen Verpflichtungen und Haftungsverhältnisse.

Vorgänge nach Geschäftsjahresschluss

Vorgänge nach dem Schluss des Geschäftsjahres, die auf die Lage unserer Kasse von erheblichem Einfluss sein könnten, sind nicht eingetreten.

Köln, den 23.04.2026

Der Vorstand

Hildebrand Schuster Hippler Schönowsky

Bericht des unabhängigen Abschlussprüfers

An die Versorgungskasse der Deutscher Herold Versicherungsgesellschaften, Versicherungsverein a.G.

Vermerk über die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der Versorgungskasse der Deutscher Herold Versicherungsgesellschaften, Versicherungsverein a.G., Köln – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2025 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2025 bis zum 31. Dezember 2025 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der Versorgungskasse der Deutscher Herold Versicherungsgesellschaften Versicherungsverein a.G. für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2025 bis zum 31. Dezember 2025 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Versicherungsunternehmen geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2025 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 01. Januar 2025 bis zum 31. Dezember 2025 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt "Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts" unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Sonstige Informationen

Der Aufsichtsrat ist für den Bericht des Aufsichtsrats verantwortlich. Im Übrigen sind die gesetzlichen Vertreter für die sonstigen Informationen verantwortlich. Die sonstigen Informationen umfassen die folgenden, für den Geschäftsbericht vorgesehenen Bestandteile, von denen wir eine Fassung bis zur Erteilung dieses Bestätigungsvermerks erlangt haben:

- Bericht des Aufsichtsrats,

aber nicht den Jahresabschluss, nicht die in die inhaltliche Prüfung einbezogenen Lageberichtsangaben und nicht unseren dazugehörigen Bestätigungsvermerk.

Unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und Lagebericht erstrecken sich nicht auf die sonstigen Informationen, und dementsprechend geben wir weder ein Prüfungsurteil noch irgendeine andere Form von Prüfungsschlussfolgerung hierzu ab.

Im Zusammenhang mit unserer Prüfung haben wir die Verantwortung, die sonstigen Informationen zu lesen und dabei zu würdigen, ob die sonstigen Informationen

- wesentliche Unstimmigkeiten zum Jahresabschluss, Lagebericht oder unseren bei der Prüfung erlangten Kenntnissen aufweisen oder
- anderweitig wesentlich falsch dargestellt erscheinen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Versicherungsunternehmen geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen (d. h. Manipulationen der Rechnungslegung und Vermögensschädigungen) oder Irrtümern ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Gesellschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus dolosen Handlungen oder Irrtümern resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unser Prüfungsurteil zu dienen. Das Risiko, dass eine aus dolosen Handlungen resultierende wesentliche falsche Darstellung nicht aufgedeckt wird, ist höher als das Risiko, dass eine aus Irrtümern resultierende wesentliche falsche Darstellung nicht aufgedeckt wird, da dolose Handlungen kollusives Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können;
- erlangen wir ein Verständnis von den für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollen und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit der internen Kontrollen der Gesellschaft bzw. dieser Vorkehrungen und Maßnahmen abzugeben;
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben;
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die

dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann;

- beurteilen wir Darstellung, Aufbau und Inhalt des Jahresabschlusses insgesamt einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt;
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage der Gesellschaft;
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger bedeutsamer Mängel in internen Kontrollen, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Verantwortlicher Wirtschaftsprüfer

Der für die Prüfung verantwortliche Wirtschaftsprüfer ist Alexander Vogt.

Köln, 6. Mai 2026

EY GmbH & Co. KG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Vogt	Offizier
Wirtschaftsprüfer	Wirtschaftsprüfer

Bericht des Aufsichtsrates

Der Aufsichtsrat hat im Geschäftsjahr 2025 die Geschäftsführung des Vorstands entsprechend den gesetzlichen Vorschriften und der Satzung kontinuierlich überwacht und beratend begleitet. Er hat sich regelmäßig, zeitnah und umfassend über die Lage und die Entwicklung der Versorgungskasse, die Geschäftsplanung, die Risiko- und Kapitalanlagesituation unterrichten lassen. Entscheidungen von grundlegender Bedeutung wurden im Aufsichtsrat eingehend erörtert.

Der Vorsitzende und der stellvertretende Vorsitzende des Aufsichtsrates haben in zahlreichen Einzelgesprächen mit dem Vorstand geschäftspolitische Fragen sowie die aktuelle Lage des Vereins behandelt. Schwerpunkte der Beratungen waren insbesondere die Entwicklung der Kapitalanlagen sowie der Verkauf der Immobilienposition, Fragen des Risikomanagements sowie aufsichtsrechtliche Anforderungen.

Der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2025 wurde von der EY GmbH & Co. KG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Köln, unter Einbeziehung der Buchführung und des Lageberichtes geprüft. Der Abschlussprüfer hat einen uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt. Der Prüfungsbericht wurde den Mitgliedern des Aufsichtsrates ausgehändigt. In der Bilanzsitzung war der Abschlussprüfer bei der Besprechung des Jahresabschlusses anwesend, hat über die Durchführung der Prüfung berichtet und stand dem Aufsichtsrat für ergänzende Auskünfte zur Verfügung. Nach dem Ergebnis seiner eigenen Prüfung erhebt der Aufsichtsrat keine Einwendungen und schließt sich dem Ergebnis der Abschlussprüfung an.

Der Aufsichtsrat dankt dem Vorstand sowie allen an der Betreuung und Verwaltung der Versorgungskasse beteiligten Personen und Dienstleistern für die im Berichtsjahr 2025 geleistete Arbeit.

Köln, im Juli 2026

Der Aufsichtsrat

Lawitzke
Vorsitzender

Haberer

Schöpe

Wellerdick